

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 pppn d

## Inhalt

Harry Ristock, Senator in Berlin und Mitglied des SPD-Vorstands, fordert am 75. Geburtstag der organisierten Arbeiterjugend die SPD auf, sich wieder mehr um die jungen Arbeiter und die intellektuelle Jugend zu bemühen. Seite 1/2

Dr. Katharina Focke MdB, Kandidatin für das Europäische Parlament, fordert das direkt gewählte Europaparlament auf sein künftiges stärkeres Gewicht zugunsten des Nord-Süd-Dialogs in die Waagschale zu werfen. Seite 3/4

Lothar Curdt MdB sieht im neuen Güterkraftverkehrsgesetz einen Schritt zu mehr Chancengleichheit. Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 103

31. Mai 1979

Glückwunsch für die Falken

-----  
75 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland

Von Harry Ristock  
Mitglied des Parteivorstandes der SPD  
Senator für das Bau- und Wohnungswesen in Berlin

Glaubt man der Bibel, so ist ein 75jähriges Menschenleben köstlich gewesen, wenn es Mühe und Arbeit war. Die 75 Jahre, die von der Gründung der organisierten Arbeiterjugend im Jahr 1904 bis heute vergangen sind, waren für Generationen von jungen und alten Mitbürgern gewiß nicht ausschließlich köstlich. Zwei Weltkriege, 12 Jahre Faschismus und zwei Wirtschaftskrisen größten Ausmaßes waren die absoluten Tiefpunkte dessen, was die Menschen in diesen siebeneinhalb Jahrzehnten erdulden und erleiden mußten.

Die totale politische Rechtlosigkeit sowie die wirtschaftliche Ausbeutung der arbeitenden Jugend im entstehenden Kapitalismus nahmen Formen an, die die Jugendlichen zur Selbsthilfe zwangen. So trafen sich im Oktober 1904 im Hinterzimmer eines Berliner Lokals einige Dutzend Arbeiterjugendliche, um sich zu organisieren. Es entstand der "Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins". Bald folgten Gründungen in anderen norddeutschen Städten. In Süddeutschland entwickelte sich unabhängig davon ein Arbeiterjugendverband, hier schon unter direktem Einfluß der SPD. Schließlich entstand eine einheitliche Organisation, die wegen der verschärften Gesetzgebung des Kaiserreiches und des Ersten Weltkrieges viel zu erdulden hatte, ehe sie nach 1918 in der Weimarer Republik im Grunde erstmals ohne Verfolgung und Bedrohung legal arbeiten konnte.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges erfaßte auch die Arbeiterjugend. Als Verband im Spektrum sozialdemokratischer Auffassungen vertraten die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und die Kinderfreunde die Interessen der Arbeiterkinder und der jungen Arbeitnehmer. Konflikte mit der "Mutterpartei" blieben nicht aus, denn damals wie heute wurde in der sozialistischen Jugendorganisation oft radikaleren Theorien und gesellschaftspolitischen Lösungen das Wort geredet als in der Partei. Daß erstere oft Recht hatten, stellte sich immer erst hinterher heraus, meist mit tragischen Folgen für diejenigen verbunden, deren Interessen wahrzunehmen man angetreten war.

Auch die Geschichte der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken", die nach 1945 als Nachfolgeorganisation der SAJ und der Kinderfreunde gegründet wurde, ist nicht frei von diesem Konflikt zwischen Partei und Jugendverband geblieben. Als einer, der ein Jahrzehnt aktiv in der Sozialistischen Jugend gewirkt hat, kann ich nur sagen: Gottseidank! Solange politische Auseinandersetzungen zwischen einer progressiv denkenden jungen Generation und einer "Staatsverantwortung" tragenden Partei nicht in offene Feindschaft umschlagen, profiliert letztendlich der gesellschaftliche Fortschritt davon. Dazu gehört allerdings, daß das Engagement der Jungen solide sein muß, nicht allein von Beserwisserei getragen sein darf, und die Partei andererseits den Jugendverband nicht bürokratisch manipuliert und zur Befehlsempfängertruppe degradiert.

Sünden hat es da in den letzten dreißig Jahren wohl auf beiden Seiten gegeben, wobei die Fehler und Versäumnisse der Partei vermutlich stärker zu Buche schlagen. Wenn sich heute Teile der jungen Generation von der SPD abgewendet haben, wenn die Alternativen Listen und andere Gruppierungen stärkeren Zulauf bekommen, dann liegt es auch daran, daß die SPD der jungen Generation in wichtigen Existenzfragen oft keine oder oft unbefriedigende Antworten gegeben hat und ihr Erscheinungsbild sich in den Augen junger Menschen zeitweilig kaum von dem anderer Parteien unterschied.

Wer will bestreiten, daß die Probleme der arbeitenden Jugend im fünfundsiebzigsten Jahr des Bestehens ihrer Interessenorganisation groß sind. Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Ausbildungsplätze, zum Teil fehlende Berufsperspektiven, Zukunftsprobleme im Zusammenhang mit der Kernenergie und eine politische Unsicherheit durch den sogenannten Radikalenerlaß, dessen Folgen nur mühsam wieder abgebaut werden können, sind nur einige Stichworte. Der deutschen Sozialdemokratie muß es gelingen, die jungen Arbeitnehmer und die intellektuelle Jugend voll zurückzugewinnen, um mit ihnen gemeinsam die 1969 verkündete Reformpolitik ernsthaft und glaubwürdig durchzuführen und in gesellschaftspolitische Praxis umzusetzen.

Der Glückwunsch an die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - im 75. Jahr der organisierten Arbeiterjugendbewegung kann nur aus diesem Versprechen bestehen. Jubiläums- und Höflichkeitsfloskeln sind wertlos, wenn dahinter nicht der Wille zur politischen Tat steht.  
(-/31.5.1979/h1/hgs)



Nord-Süd-Dialog der EG auf dem Prüfstand  
-----

Europäisches Parlament muß sein größeres Gewicht in die Waagschale werfen

Von Dr. Katharina Focke MdB

Kandidatin für das Europäische Parlament

Zwei wichtige Daten sind in eine enge zeitliche Nähe zueinander gerückt: In der letzten Woche sind die Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 57 Entwicklungsländern aus Afrika sowie dem karibischen und pazifischen Raum auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Gleichzeitig wird heute im Deutschen Bundestag auch darüber debattiert, welchen politischen Stellenwert das am 10. Juni direkt zu wählende Europäische Parlament einnehmen kann. Der Verlauf der AKP-Verhandlungen und ihre Unterbrechung scheinen mir ein Paradebeispiel dafür zu sein, daß ein direkt gewähltes Europäisches Parlament sein größeres politisches Gewicht in die Waagschale werfen kann und muß.

Die nationalen Parlamente können den Ministerrat nicht kontrollieren. Jede Regierung versteckt sich hinter der anderen. Das Europäische Parlament wird nach dem 10. Juni 1979 zwar zunächst auch keine weiteren Befugnisse besitzen, aber seine Stimme wird wegen seiner Zusammensetzung und des unmittelbaren Mandates, das ihm von den europäischen Völkern verliehen worden ist, eher gehört und berücksichtigt werden müssen.

In der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bestehen Zweifel daran, ob das Vorgehen der Bundesregierung und der übrigen acht Regierungen der Europäischen Gemeinschaft bei den Verhandlungen mit den AKP-Staaten richtig gewesen ist. Insbesondere ist zu fragen, ob den AKP-Staaten nicht in der Tat ein unzureichendes Angebot gemacht worden ist. Immerhin muß festgestellt werden, daß die von den Europäern angebotene Steigerung des europäischen Entwicklungsfonds um 50% de facto eine Reduzierung des Anteils der europäischen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der Europäischen Gemeinschaft bedeutet. Damit nimmt die Bundesregierung hin, daß die EG sogar unter den eigenen Minimalforderungen der Bundes-



regierung bleibt, nämlich die Ausgaben für ihre öffentliche Entwicklungshilfe anteilmäßig wenigstens nicht absinken zu lassen. Bei den Berechnungen, die die Bundesregierung und die übrigen europäischen Mitgliedsstaaten ihrem finanziellen Angebot an die AKP-Staaten zugrunde gelegt haben, werden einige Faktoren nicht berücksichtigt.

- die Preissteigerungsraten in den letzten 5 Jahren für die Entwicklungsländer sind mit weniger als 40% sicherlich zu niedrig angesetzt, vor allem, wenn man in diesem Zusammenhang noch die Währungsbewegungen in den letzten Jahren in Betracht zieht;
- das Bevölkerungswachstum in den AKP-Staaten wird völlig außer acht gelassen;
- vergessen wurde auch, daß gegenüber dem ersten Lomé-Abkommen 10 zusätzliche Entwicklungsländer an Lomé II beteiligt sein wollen;
- das Abkommen soll dieses Mal nicht 4 sondern 5 Jahre laufen;
- neue Rohstoffe sind in ein abgewandeltes Erlös-Stabilisierungssystem aufzunehmen.

Ausgerechnet jetzt, wo die Rolle der Europäischen Gemeinschaft im Nord-Süd-Dialog erst recht auf den Prüfstand kommt, sollte die EG zeigen, was sie für die Entwicklung der Dritten Welt tun kann und daß sie in der Lage ist, Beispielhaftes für die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern beizutragen. Ein vorläufiger Mißerfolg der AKP-Verhandlungen ist zwar noch kein Scheitern, aber er ist besonders bedauerlich in einem Augenblick, da die Direktwahl des Europäischen Parlaments das Interesse der Menschen auch auf den Willen der EG zur gerechteren Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen lenkt und es entmotivierend für die Wähler wirken kann, daß ein Schatten auf ein bisher positives Kapitel in der Friedenspolitik der Gemeinschaft fällt.

(-/31.5.1979/ks/hgs)

+ + +



## Praxisorientierte Regelung

-----  
Neues Güterkraftverkehrsgesetz verbessert Chancengleichheit

Von Lothar Curdt MdB

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines zweiten Gesetzes zur "Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes vorgelegt. Damit soll eine gesetzliche Regelung der Kriterien und Maßstäbe für die Vergabe von Genehmigungen für den Güterfernverkehr eingeführt und zugleich der in den letzten Jahren immer umfänglicher gewordene Handel mit Konzessionen unterbunden werden. Die Aufnahme von Vergabe-Kriterien in das Gesetz und die Unterbindung des sogenannten Konzessionshandels sind dem Gesetzgeber durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Oktober 1975 und durch zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. November 1976 auferlegt worden.

Die für den Straßengüterverkehr geltende Begrenzung der Konzessionen - zur Zeit dürften etwa 30.000 Genehmigungen für den Güterfernverkehr erteilt sein - beruht auf einer seit langem geltenden und unumstrittenen verkehrswirtschaftlichen Zielsetzung, die wiederum Teilstück der in der Bundesrepublik verfolgten kontrollierten Wettbewerbsordnung ist. Die Kontingentierung der Güterfernverkehrsgenehmigungen stellt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes einen schweren Eingriff in die Freiheit der Berufswahl dar. Daher müßten, so das Gericht, allen Bewerbern um eine Genehmigung nach Möglichkeit gleiche Chancen eingeräumt werden. Die Übertragung und der Handel mit Konzessionen besitzige jedoch die zu fordernde Chancengleichheit.

Die Bundesregierung hat mit dem vorliegenden Gesetzentwurf

1. die grundsätzlich öffentliche Ausschreibung der zur Verteilung kommenden Genehmigungen für den Güterfernverkehr,
2. eine angemessene Berücksichtigung verschiedener Bewerbergruppen sowie regional- und strukturpolitischer Gesichtspunkte bei der Erteilung von Genehmigungen und
3. die Erteilung von Genehmigungen an den Erwerber eines Güterkraftverkehrsunternehmens nur bei dessen Fortführung

vorschlagen. Bei den übrigen Regelungen des Gesetzentwurfes handelt es sich um solche von geringerer Bedeutung und um die Anpassung an derzeit gültige EG-Vorschriften.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Verkehrsausschuß konzentrierte sich das Interesse auf wenige, allerdings wesentliche Bestandteile der neuen Regelungen. Dabei haben die Koalitionsfraktionen Änderungen vorgenommen, die zu einer Verdeutlichung der Vergabe-Kriterien für Güterfernverkehrsgenehmigungen beitragen sollen. Durch eine Textausweitung haben SPD und FDP sichergestellt, daß zum Beispiel im Erbfall oder zur Weiterführung eines Unternehmens oder eines selbständigen, abgrenzbaren Unternehmensteiles eine Genehmigung erteilt werden kann. Ferner soll künftig zwar gelten, daß bei Ablauf einer Konzession die Wiedererteilung grundsätzlich nur erfolgt, wenn der bisherige Genehmigungsinhaber mindestens 50 Prozent der durchschnittlichen Leistungen nach Gewichtskilometern und Umsatz des jeweiligen Genehmigungs-Landes erzielt. Nach der neu aufgenommenen Bestimmung der Koalitionsfraktionen darf die Wiedererteilung jedoch nur versagt werden, wenn der Unternehmer die erforderlichen Leistungen aus Gründen, die er selbst zu vertreten hat, nicht erzielte. Diese Präzisierung gewinnt im Hinblick auf die mittelständische Struktur des Güterkraftverkehrsgewerbes und bei Berücksichtigung von Standortunterschieden eine erhebliche Bedeutung.

Jede weitere Auflockerung der bewußt eng gezogenen Grenzen des Genehmigungsverfahrens führt nach Auffassung der SPD-Fraktion zu einer nicht vertretbaren Verwässerung der Ver-



gabekriterien mit der Gefahr des Fortbestehens des Konzessionshandels. Wenngleich es so schien, als werde der Handel mit Genehmigungen von allen Fraktionen des Hauses nicht gebilligt, so zeigten andererseits Versuche der CDU/CSU, durch entsprechende Änderungsanträge neue Hintertüren zu öffnen. So sollten beispielsweise bei der Erteilung von Genehmigungen nicht nur die Belange des Erwerbers, sondern auch die des Veräußerers berücksichtigt werden. Gerade hierin ist jedoch der offenkundige Versuch zu erblicken, neuen Manipulationsmöglichkeiten Tür und Tor zu öffnen!

Zur Verdeutlichung des neuen Gesetzes einige Erläuterungen: Auch bisher schon mußte der angenommene Standort für alle Kraftfahrzeuge des Unternehmers einheitlich bestimmt werden. Die Praxis erwies jedoch, daß in den Anträgen auf Standortbestimmung Fahrzeuge ausgelassen wurden oder für nachträglich erworbene Fahrzeuge der Standort nicht bestimmt wurde. Dies führte dazu, daß vom Sitz eines Unternehmens oder einer Niederlassung aus mit Fahrzeugen verschiedener Standortbestimmung Güternahverkehr im Bereich mehrerer Nahzonen betrieben werden konnte. Eine neue Bestimmung sagt nunmehr, daß die Gemeinde des Unternehmenssitzes oder der Niederlassung Standort für alle Fahrzeuge ist, für die kein Antrag auf Bestimmung gestellt wurde.

Aus regional- und strukturpolitischer Sicht ist sehr zu begrüßen, daß die Wanderung der Genehmigungen von einem Landeskontingent in das Kontingent eines anderen Bundeslandes grundsätzlich nur mit Zustimmung der zuständigen Länderbehörden möglich ist. Damit kann durch die Behörde zugleich auch ein ausgewogenes Verhältnis von angebotenen Gütertransport außerhalb der Ballungsräume gesichert werden.

Die neu in das Gesetz aufgenommenen Maßstäbe und Kriterien für die Verteilung der Genehmigungen werden zu einer höchstmöglichen Chancengleichheit aller Bewerber führen. Dies soll unter anderem durch die öffentliche Ausschreibung gewährleistet werden. Die Möglichkeit der Beschränkung auf bestimmte Bewerbergruppen oder Gebiete erlaubt zugleich eine angemessene Berücksichtigung von Neubewerbern, Klein-, Mittel- oder Großbetrieben. Dabei sollen vor allem solche Bewerber bevorzugt werden, die eine hinlängliche Gewähr dafür bieten, daß sie das öffentliche Bedürfnis nach Leistungen im Güterfernverkehr bestmöglich bedienen.

Daß auch Ausnahmen möglich sind, wird durch den § 10 Abs. 4 gewährleistet. Von den vorgenannten Kriterien kann zwar abgewichen werden, doch muß die Genehmigungsbehörde dabei einen strengen Maßstab anlegen. Insbesondere können Bedingungen gestellt und Auflagen gemacht werden, wenn dies zur Vermeidung des Handels mit Genehmigungen notwendig sein sollte.

Mit der Neufassung des Güterkraftverkehrsgesetzes wird für das betroffene Gewerbe eine praxisorientierte Regelung geschaffen. Dies kann auch den bisher erschienenen kritischen Würdigungen der Verbandspresse entnommen werden. Das neue Gesetz berücksichtigt nämlich die geäußerten verfassungsmäßigen Bedenken, es verbessert vor allem die Chancen von Bewerbern um Genehmigungen, verringert aber keineswegs die Rechte der Veräußerer und bestätigt damit Rechtssicherheit, und es bringt nicht zuletzt auch größere Möglichkeiten der Einflußnahme der Bundesländer, dient damit zugleich also auch sektoraler Strukturpolitik. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sind seitens des Bundesrates auch nur zwei redaktionelle Änderungen eingebracht worden, die im Gesetz Berücksichtigung fanden. Es wäre gut, wenn es in der vorliegenden Form angenommen würde. (-/31.5.1979/hi/hgs)

+ + +

